



Beschlüsse

**des digitalen Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
am 14. November 2020**

Anträge

Digitaler SPD-Landesparteitag am 14.11.2020

Inhaltsverzeichnis

Arb - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
Arb 01	Arbeitsprogramm des Landesvorstandes für das Jahr 2021 Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	12

AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
AS 02	Doppelverbeitragung für betriebliche Alterssicherungen KV Rottweil <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	15
AS 08	Regelfinanzierung des Projekts Babylotsin KV Lörrach <i>angenommen</i>	16

AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
AUS 02	Reduzierung der Waffenproduktion und Waffenexporte KV Freudenstadt <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	17

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
B 04	Verbindliche Schulsozialprojekt-Stunden einrichten KV Waldshut <i>angenommen</i>	18
B 10	„Schule goes digital - Anrechnungsstunden für Digitalisierung an allgemeinbildenden Schulen“ KV Freiburg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	19

G - Gesundheit und Pflege

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
G 04	Zukunft des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) ASG Ba-Wü <i>angenommen</i>	20
G 07	Krankenkassenwahlrecht für Beamtinnen und Beamte ASG Ba-Wü <i>angenommen</i>	22

IR - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
IR 04	Schulungen für polizeiliches und juristisches Personal in Bezug auf den Umgang mit traumatisierten Personen KV Tübingen <i>angenommen</i>	25
IR 06	Schluss mit gewerblicher Lebensmittelverschwendung, Entkriminalisierung des sog. „Containers“ KV Ulm <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	26

PO - Partei und Organisation

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
PO 02	Digitalisierung der SPD KV Karlsruhe-Land <i>angenommen</i>	27
PO 03	Eine inklusive innerparteiliche Demokratie OV Stuttgart-Botnang <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	28

SF - Steuern und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
SF 01	Abschaffung des Progressionsvorbehalt bei der steuerlichen Betrachtung des Kurzarbeitergeldes AfA Ba-Wü <i>angenommen</i>	29

UV - Umwelt und Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
UV 04	EEG-Deckelung aufheben KV Lörrach <i>angenommen</i>	30
UV 05	Lebensmittelversorgung und Energiewende sind keine Gegensätze! KV Lörrach <i>angenommen</i>	31
UV 07	Zugverbindung Stuttgart-Zürich KV Rottweil, KV Tuttlingen, KV Schwarzwald-Baar <i>angenommen</i>	32

W - Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
W 01	Mit der SPD bleibt Baden-Württemberg vorne. Innovation und Sicherheit im Wandel. Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	33

INI - Initiativanträge / Resolutionen

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
INI 01	Ablehnung von Drohnen	23
	<i>angenommen in geänderter Fassung</i>	
Ini 02	Nachhaltigkeit für den Betrieb von Anlagen im Bereich erneuerbare Energie! OV Aspach-Kirchberg <i>angenommen</i>	24

Antrag Arb 01: Arbeitsprogramm des Landesvorstandes für das Jahr 2021

1 **Arbeitsprogramm des Landesvorstandes für das Jahr 2021**

2 Wir haben den Anspruch, Baden-Württemberg gestalten und modern, sozial und innovativ
3 zu entwickeln. Als politisches Führungsgremium der Landespartei werden wir unsere
4 vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir in den letzten zwei Jahren stark ausgebaut
5 haben, fortsetzen. Wir sind uns unserer Verantwortung sowohl nach innen in die Partei
6 wie auch nach außen in die Öffentlichkeit bewusst und sind überzeugt, dass wir
7 gemeinsam, durch solidarische und konstruktive Zusammenarbeit, erfolgreich sein
8 können. Das Jahr 2021 wird uns viel abverlangen. Mit der Landtags- und Bundestagswahl
9 stehen gleich zwei wichtige Wahlen an. Neben allen organisatorischen und
10 strukturellen Herausforderungen betrachten wir diese Wahlen als eine große Chance.
11 Eine Chance wieder mehr Menschen vom Mehrwert sozialdemokratischer Politik in Land
12 und Bund zu überzeugen. Diese Chance werden wir nutzen und uns organisatorisch und
13 thematisch bestmöglich aufstellen, um engagierte Wahlkämpfe bestreiten zu können, die
14 zu Erfolgen führen.

15 **Landtagswahl 2021**

16 Die Landtagswahl im März hat für die SPD Baden-Württemberg in der Amtsperiode des
17 Landesvorstands eine zentrale Bedeutung. Für uns ist klar: Wir wollen unser Land
18 wieder regieren. Wir wollen nicht, wie Grün-Schwarz, den gegenwärtigen Zustand
19 verwalten, sondern die Zukunft mit neuen Impulsen mutig und erfolgreich gestalten.
20 Darum kämpfen wir um jedes einzelne Landtagsmandat in Baden-Württemberg!

21 Wir haben rechtzeitig die Weichen gestellt, um bei der Landtagswahl 2021 bestmöglich
22 vorbereitet zu sein. Das Jahr 2019 haben wir mit dem Programmprozess „BW 2030“ dazu
23 genutzt, die Zukunftsfragen für das Land anzupacken. In fünf Fachforen wurde beraten,
24 wie sich Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 entwickeln soll und welche politischen
25 Maßnahmen notwendig sind, um das Land in eine gute Zukunft zu führen. Auf dieser
26 Grundlage entwickeln wir unser Programm zur Landtagswahl. In unserem Wahlprogramm
27 „Das Wichtige jetzt“ werden wir neue, mutige und weitreichende Ideen für unser Baden-
28 Württemberg darstellen und in der Landtagswahl die Inhalte des Wahlprogramms in die
29 Breite des Landes tragen. Der Landesvorstand, die Kandidierenden und die
30 Kreisverbände werden in geeigneter Form in die Wahlkampfplanung einbezogen. Durch
31 regelmäßigen und kurzfristigen Austausch nehmen wir die Partei vor Ort und im Land
32 mit und machen die Kampagne der Landespartei zu einer gemeinsamen Kampagne der
33 geschlossenen, kraftvollen SPD Baden-Württemberg.

34 Die Corona-Krise zeigt sehr deutlich, wie wichtig ein starker und handlungsfähiger
35 Staat ist, der Krisen bewältigen kann und will. Mit dem Fokus auf den fünf Themen
36 Arbeit, Gute Bildung, Gesundheit und Pflege, Wohnen und Klimaschutz wollen wir
37 Verantwortung übernehmen und gerade in Zeiten des wirtschafts- und
38 gesellschaftspolitischen Umbruchs tatkräftig anpacken. Mit Andreas Stoch haben wir
39 einen kompetenten, glaubwürdigen und energischen Spitzenkandidaten, der bereits als

40 Kultusminister gezeigt hat, dass er Verantwortung übernehmen und schwierige Themen
41 anpacken kann. Programmatisch und personell geschlossen werden wir die Landtagswahl
42 erfolgreich bestreiten. Dazu müssen wir unsere Kräfte bündeln und uns sowohl
43 finanziell als auch personell auf die wichtigsten Dinge konzentrieren.

44 **Bundestagswahl im Herbst 2021**

45 Neben der Landtagswahl ist die Bundestagswahl im Herbst das bestimmende Ereignis für
46 den Landesvorstand. Auch hier gilt: Wir werden um jedes einzelne Bundestagsmandat in
47 Baden-Württemberg kämpfen. Wir wollen eine starke SPD-Landesgruppe in Berlin, die
48 sowohl dort wie auch in Baden-Württemberg dafür sorgt, dass unser Land sozialer und
49 gerechter gestaltet wird.

50 Auch hier laufen die Vorbereitungen bereits auf Hochtouren, die wir als
51 Landesvorstand engagiert und geschlossen unterstützen wollen, um im Herbst 2021 mit
52 einem guten Wahlergebnis in Baden-Württemberg abschneiden zu können. Mit dem
53 Listenparteitag am 24.01.2021 in Göppingen wollen wir dementsprechend ein wichtiges
54 Signal der Geschlossenheit nach innen und außen senden.

55 Bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms zur Bundestagswahl werden wir uns aktiv
56 mit Impulsen einbringen.

57 **SPD vor Ort verwurzeln - Mehr rote Rathäuser in BW**

58 Um strukturell die schwarze Phalanx im Land zu überwinden, braucht es unbedingt mehr
59 Sozialdemokrat*innen an der Spitze der Verwaltung in unseren Rathäusern. Auch in
60 diesem Jahr haben viele - häufig sehr junge Sozialdemokraten Bürgermeisterwahlen
61 gewonnen oder die Wiederwahl erfolgreich bestritten. Ein wichtiger Bestandteil
62 unserer Strategie muss es daher weiterhin sein, geeignete Kandidat*innen für
63 anstehende Oberbürgermeisterwahlen und Bürgermeisterwahlen zu finden. Die Ortsvereine
64 und Kreisverbände sollen sich an den Landesverband wenden können, wenn diese
65 Unterstützung brauchen. Wir werden unsere Zusammenarbeit diesbezüglich mit der SGK
66 und dem Fritz-Erlor-Forum vertiefen. Gezielt wollen wir weibliche Kandidaturen
67 unterstützen, da wir bisher nur eine sozialdemokratische Frau als Bürgermeisterin in
68 einem Rathaus haben. Im kommenden Jahr 2021 finden in Baden-Württemberg 90
69 Bürgermeisterwahlen und sechs Oberbürgermeisterwahlen statt. Diese Wahlen wollen wir
70 nutzen.

71 **Parteiarbeit weiterhin ausbauen und modernisieren**

72 Die Einführung des kleinen Parteitags war ein voller Erfolg. Dies hat auch der letzte
73 Bildungsparteitag gezeigt, bei dem wir leidenschaftlich, fair und mit Erfolg ein
74 gemeinsames Bildungspapier verabschiedet haben. Die kleinen Parteitage wollen wir
75 weiterhin beibehalten und damit unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich
76 inhaltlich gezielt mit einem Thema auseinandersetzen und einbringen zu können.

77 Die Kernaufgabe des Landesvorstands ist strategische Entscheidungen für die gesamte
78 Landespartei zu treffen. Dazu wollen wir weiterhin ergebnisorientiert arbeiten und
79 möglichst wenig Zeit der Eigenbeschäftigung widmen. Wir werden transparent und
80 kooperativ zusammenarbeiten, klare Zuständigkeiten definieren, um so unserer Rolle
81 als Führungsgremium gerechter zu werden. Wir wollen inhaltliche Zuständigkeiten der

82 Mitglieder des Landesvorstands aktiv leben und die Vielfalt des Gremiums nutzen.

83 Wir sind eine moderne und vielfältige Partei. In unserer Arbeit wollen wir diese
84 Vielfalt abbilden, indem wir auch weiterhin auf quotiert besetzte Podien achten und
85 die Buntheit und Vielfalt, die wir als SPD leben, noch besser nach außen sichtbar zu
86 machen.

87 Eine gute, wertschätzende und transparente Zusammenarbeit mit allen unseren Gremien
88 ist für eine erfolgreiche und geschlossene Partei elementar. Daher wollen wir
89 weiterhin die Kreisvorsitzendenkonferenz stärken und den Austausch mit unseren
90 Kreisverbänden, aber auch den Arbeitsgemeinschaften fördern.

91 Wir wollen unsere Mitglieder motivieren, sich stärker und unkomplizierter in die
92 Parteiarbeit einzubringen. Davon profitiert schließlich die ganze Partei. Mit dem
93 Roten Netz haben wir ein neues Format für digitale Parteiarbeit gestartet und so
94 mehr direkte Mitgliederbeteiligung ermöglicht. Alle Parteimitglieder in Baden-
95 Württemberg können sich im Roten Netz digital einbringen und über die Plattform
96 austauschen. Die Plattform wird bereits sehr gut angenommen: Über 1.800
97 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich bereits im Roten Netz angemeldet.
98 Wir verstehen uns als Vorreiter moderner Parteiarbeit und wissen, dass Zusammenarbeit
99 und Austausch künftig digital funktionieren wird. Wir werden das rote Netz daher als
100 Landesvorstand aktiv nutzen und auch als Landesvorstand daran mitarbeiten, diese
101 Plattform zum Erfolg zu bringen.

102 Gezwungenermaßen mussten wir durch die massiven Einschränkungen während der Corona-
103 Pandemie auf unsere Präsenzveranstaltungen verzichten und dafür Online-Formate
104 nutzen. Wir waren selbst erstaunt, wie gut diverse Online-Formate funktionieren. Dies
105 ermutigt uns, Online-Formate, wie Videokonferenzen, weiterhin verstärkt zu nutzen und
106 auszubauen. Online-Formate sollen keineswegs Präsenzveranstaltungen ersetzen, denn
107 unsere Partei lebt vom direkten Austausch. Online-Formate ermöglichen aber eine
108 unkomplizierte und flexiblere Kommunikation, wie bereits diverse Videokonferenzen
109 gezeigt haben. Vor allem für spontane und kurzfristige Kommunikation sind sie eine
110 willkommene Alternative. In Zeiten der Corona-Krise bieten sie sich aber auch für
111 politische Diskussionsveranstaltungen, Instagram und/oder Facebook-Live-Konferenzen.

112 Um unseren Beitrag zu einer nachhaltigen, umweltschonenden Nutzung von Ressourcen
113 beizutragen, wollen wir an uns selbst arbeiten. Den digitalen Fortschritt wollen wir
114 hierbei nutzen und die SPD zu einer papierfreien Landespartei weiterentwickeln. Dabei
115 werden wir gewährleisten, dass alle Altersgruppen unabhängig von ihrer digitalen
116 Kompetenz nicht aus demokratischen Prozessen exkludiert werden.

117 Wir alle hoffen, dass die Corona-Krise bald überwunden sein wird. Doch solange die
118 Pandemie andauert, müssen wir auch unsere Gremienarbeit an die aktuelle Situation
119 anpassen, verantwortungsvoll Entscheidungen treffen und auf alternative Möglichkeiten
120 zurückgreifen bzw. Präsenzveranstaltungen auf das Nötigste reduzieren. Doch das wird
121 uns nicht davon abhalten, das Jahr 2021 tatkräftig und geschlossen anzupacken und
122 unsere Energie und Fokus auf die anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zu legen.

Antrag AS 02: Doppelverbeitragung für betriebliche Alterssicherungen

- 1 **Verbeitragung für betriebliche Alterssicherungen**Wir bitten die SPD-
- 2 Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitglieder dafür einzutreten, dass

- 3 bei Eintreten der Beitragspflicht nur der Arbeitnehmeranteil und nicht auch noch der
- 4 Arbeitgeberanteil zu zahlen ist

Antrag AS 08: Regelfinanzierung des Projekts Babylotsin

- 1 **Regelfinanzierung des Projekts Babylotsin**
- 2 Wir fordern die SPD-Fraktion im Landtag dazu auf, sich für eine Regelfinanzierung des
- 3 Projekts Babylotsin aus öffentlichen Geldern einzusetzen, um so die Zukunft der
- 4 bereits bestehenden Babylotsen zu sichern und gleichzeitig die Basis dafür zu
- 5 schaffen, dass Babylotsen auch an allen anderen Geburtskliniken im Bundesland
- 6 etabliert werden können.

Antrag AUS 02: Reduzierung der Waffenproduktion und Waffenexporte

- 1 **Reduzierung der Waffenproduktion und Waffenexporte**
- 2 Der Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Konzept innerhalb der
- 3 nächsten Legislaturperiode zu erstellen, dass der Waffenexport drastisch reduziert
- 4 wird. In diesem Konzept muss verankert sein, dass nicht an Länder exportiert werden
- 5 darf, die in Kriege verwickelt sind und gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit
- 6 verstoßen.

Antrag B 04: Verbindliche Schulsozialprojekt-Stunden einrichten

- 1 **Verbindliche Schulsozialprojekt-Stunden einrichten**
- 2 Wir fordern die Einrichtung verbindlicher Sozialprojekt-Stunden an allen Schulen in
- 3 Baden-Württemberg.

Antrag B 10: „Schule goes digital - Anrechnungsstunden für Digitalisierung an allgemeinbildenden Schulen“

- 1 **„Schule goes digital - Anrechnungsstunden 1 für Digitalisierung an allgemeinbildenden**
- 2 **und beruflichen**
- 3 **Schulen“**
- 4 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für einen angemessenen Ausbau der
- 5 Anrechnungsstunden für Digitalisierung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
- 6 ein.
- 7 Diese Stunden sollen den zunehmenden Bedarf für die Bewältigung des digitalen
- 8 pädagogischen Alltags an Schulen decken und Lehrkräfte in Querschnittsaufgaben mit
- 9 Zeit ausstatten. Diese wird benötigt, um den zunehmend auch digital unterstützten
- 10 Schulalltag verlässlich zu gestalten und voranzubringen.
- 11 Anrechnungsstunden für Querschnittsaufgaben im Bereich der Digitalisierung
- 12 ermöglichen der Schulleitung, die digitale Schulentwicklung voranzubringen und die
- 13 eigene Schule zukunftsfähig zu gestalten.

Antrag G 04: Zukunft des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)

1 Zukunft des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)

2 Mit der Corona Pandemie ist der ÖGD wieder in den Blick der Öffentlichkeit gerückt.
3 Aufbau von Teststationen, Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, Kontrollen, Beratung
4 mussten in Windeseile zur Verfügung gestellt werden. Diese Aufgaben waren mit dem
5 vorhandenen Personal und der Ausstattung der Gesundheitsämter kaum zu bewältigen. Das
6 Leitbild für einen modernen öffentlichen Gesundheitsdienst, wie 2018 von der
7 Gesundheitsministerkonferenz beschlossen, wurde in Baden-Württemberg nicht umgesetzt.

8 Die SPD sieht dringende Handlungsbedarf, den ÖGD in Baden-Württemberg für künftige
9 Herausforderungen zu wappnen. Er darf nicht auf seine hoheitlichen Aufgaben
10 beschränkt werden. Vielmehr muss er eine stärkere Rolle im Rahmen der Daseinsvorsorge
11 wahrnehmen. Seine Aufgaben reichen von der nationalen und der internationalen
12 Zusammenarbeit über Versorgungsforschung, Gesundheitsberichterstattung, Koordination
13 unterschiedlicher Akteure im Rahmen von Gesundheitskonferenzen bis zur
14 Gesundheitsinformation.

15 Die Beratung der Gesundheitsämter für die Bevölkerung, besondere Zielgruppen,
16 Schulen, Kindertageseinrichtungen etc. sind nicht nur auf Anforderung zu leisten.
17 Vielmehr besteht eine Bringschuld der Ämter. Sie müssen dazu personell und technisch
18 in die Lage versetzt werden.

19 Das Landesgesundheitsamt muss verstärkt Dienstleister für die Gesundheitsämter in den
20 Landkreisen werden und für deren Beratung zur Verfügung stehen. Seine Sammlung und
21 die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen müssen für
22 die Gesundheitsämter online zur Verfügung stehen. Für all dies wird mehr Personal
23 gebraucht.

24 Doch bisher mangelt es im Land schon an einer Gesundheitspersonalrechnung für den
25 Öffentlichen Gesundheitsdienst. Dies erschwert eine faktengestützte Diskussion und
26 Vergleiche zwischen den Gesundheitsämtern. Wir müssen genauer wissen, wie viele
27 Stellen vorhanden und wieviel davon besetzt sind.

28 Wir wollen, dass die vom Bund zugesagten Mittel zur Finanzierung der erforderlichen
29 Stellen in den Gesundheitsämtern für die kommenden 5 Jahre umgehend abgerufen werden.
30 Davon müssen alle Berufsgruppen in allen Aufgabenbereichen des ÖGD profitieren.

31 Die Anstrengungen zur Personalgewinnung dürfen nicht auf den ärztlichen Dienst
32 beschränkt werden. Die Bezahlung aller erforderlichen Stellen ist anzupassen, um die
33 Attraktivität einer Beschäftigung im ÖGD zu erhöhen. In den Tarifverträgen des
34 öffentlichen Dienstes ist dies sicherzustellen.

35 Neben der verbesserten Bezahlung halten wir es für unerlässlich, dass gute
36 Arbeitsbedingungen vor Ort herrschen. Hierbei geht es u.a. um gutes
37 Personalmanagement (Einsatz von Instrumenten der Personalgewinnung, -bindung und -
38 entwicklung), um Motivation und Arbeitsklima, Gesundheitsmanagement für die
39 Beschäftigten, um gute und motivierte Führungskräfte, um die Vereinbarkeit von

40 Familie und Beruf, aber auch um eine gute Willkommens-, Bleibe- und Abschiedskultur
41 sowie Wissenstransfer. Auch die Geschäftsprozesse innerhalb des ÖGD sind im Hinblick
42 auf Arbeitsbedingungen zu überprüfen.

43 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sowohl in der ärztlichen wie auch in anderen
44 Gesundheits- und Sozialberufen in den Lehrplänen die Aufgaben des ÖGD Eingang finden
45 und praktische Ausbildung in den Gesundheitsämtern ermöglicht wird, um das
46 erforderliche Personal zu gewinnen.

47 Für die Aufgabenwahrnehmung beim ÖGD sind den dort Beschäftigten Fort- und
48 Weiterbildungen anzubieten. Diese Angebote sind zwischen den Gesundheitsämtern
49 abzustimmen.

50 Um das Förderprogramm des Bundes zur technischen und digitalen Auf- und Ausrüstung
51 wahrzunehmen, ist eine Erhebung durchzuführen, welche Informations- und
52 Kommunikationstechnologie und die dafür notwendigen Schulungen erforderlich sind. Da
53 bislang die Ausstattung sehr uneinheitlich ist und Systeme teilweise nicht kompatibel
54 sind, sind gemeinsame Standards zur Sicherstellung einer übergreifenden Kommunikation
55 sowie Interoperabilität unabdingbar.

56 Wichtig ist der Aufbau einer zuverlässigen und einheitlichen Datenbasis und eines
57 (standardisierten) Berichtswesens, auf dessen Grundlage man sich über Fragestellungen
58 aus den unterschiedlichsten Bereichen verständigen kann.

59 Hygienebegehungen durch die Gesundheitsämter in Arztpraxen, Altenpflegeheimen und
60 Krankenhäusern müssen intensiviert werden, um Patienten und Pflegebedürftige wirksam
61 vor Infektionen zu schützen. Die derzeit vorhandenen Stellen reichen nicht aus, um
62 wenigstens alle drei Jahre eine Kontrolle durchzuführen. Eine rasche
63 Personalaufstockung ist nicht in Sicht, da zunächst zwei bis dreijährige Ausbildungen
64 je nach Bundesland durchlaufen werden müssen. Das vom Gesundheitsamt Heidelberg mit
65 externen Akteuren entwickelte und vom ESF geförderte „Heidelberger Hygienerating“,
66 das auf Basis der aktuellen Checklisten der Gesundheitsämter berät, ermöglicht eine
67 höhere Zahl von Kontrollbesuchen der Hygieneinspektoren und eine Verbesserung der
68 Hygiene in den Einrichtungen. Es ist zu prüfen, wie die Beteiligung der
69 Gesundheitseinrichtungen an einem vom ÖGD zertifizierten Hygienerating ausgeweitet
70 werden kann.

71 Die SPD wird sich zudem dafür stark machen, die Akteure in Praxis, Wissenschaft,
72 Zivilgesellschaft und Politik mit dem ÖGD zu vernetzen. Der ÖGD soll
73 Versorgungsforschung beauftragen und gesundheitliche Aktivitäten in Deutschland
74 strukturell unterstützen. Die SPD setzt sich für eine stärkere Mitfinanzierung der
75 Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes durch den Bund ein. Die Zusammenarbeit
76 mit anderen europäischen Ländern bei der Herstellung gleicher Gesundheitschancen soll
77 gestärkt werden.

Antrag G 07: Krankenkassenwahlrecht für Beamtinnen und Beamte

- 1 **Krankenkassenwahlrecht für Beamtinnen und Beamte**
- 2 Die SPD setzt sich dafür ein, dass neue Beamtinnen und Beamten künftig auch in Baden-
- 3 Württemberg ein Wahlrecht zwischen der bisherigen individuellen Beihilfe und einer
- 4 pauschalen Beihilfe^[1] erhalten. Das Beamtengesetz ist entsprechend zu ändern.
- 5 ^[1] Hamburger Modell

Antrag INI 01: Ablehnung von Drohnen

1 **Resolution**

2 **Bewaffnete Drohnen**

3 Der SPD-Landesparteitag appelliert an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die
4 Bundesverteidigungsministerin, einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zu
5 führen, bevor über die Beschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr im
6 Bundestag entschieden wird.

7

8

Antrag Ini 02: Nachhaltigkeit für den Betrieb von Anlagen im Bereich erneuerbare Energie!

- 1 **Nachhaltigkeit für den Betrieb von Anlagen im Bereich erneuerbare Energie!**
- 2 Der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energie muss nachhaltig gesichert
- 3 werden. Es
- 4 muss sichergestellt werden, dass Anlagen die mit Förderung erstellt wurden, nicht zu
- 5 früh vom Netz
- 6 genommen werden. Es soll eine Förderung in angemessener Höhe erfolgen, bis die Anlage
- 7 aus
- 8 ökologischer Sicht (Wirkungsgrad, Betriebskosten oder andere Beeinträchtigungen)
- 9 erneuert werden
- 10 sollte. Auflagen für den Weiterbetrieb, die aus dem EEG2 oder der Novelle zum EEG
- 11 resultieren
- 12 sollten in angemessener Form ausgeglichen werden.
- 13

Antrag IR 04: Schulungen für polizeiliches und juristisches Personal in Bezug auf den Umgang mit traumatisierten Personen

- 1 Schulungen für polizeiliches und juristisches Personal in Bezug auf den Umgang mit
- 2 traumatisierten Personen
- 3 **Forderungen:**
- 4 1. Ziel muss es sein, dass für diese Fälle sensibilisiertes polizeiliches und
- 5 juristisches Personal kein Glücksfall für die jeweils Betroffenen ist, sondern zum
- 6 allgemeinen Standard wird. Deshalb fordern wir:
- 7 2. Verpflichtende Schulungen für RichterInnen, SchöffInnen, GerichtshelferInnen und
- 8 PolizeibeamtInnen, die über die Charakteristika von Traumata und ihre Folgen
- 9 aufklären und das Personal so für den Umgang mit traumatisierten Personen
- 10 sensibilisieren.
- 11 3. Die Schulungen sollen von Fachpersonal im Bereich Trauma und Dissoziation
- 12 durchgeführt werden. Dies können beispielsweise MitarbeiterInnen von
- 13 Fachberatungsstellen im Bereich sexualisierte und häusliche Gewalt oder Trauma sein.
- 14 4. Nach § 3 Abs. 5 JaPrO BW bieten die Universitäten Lehrveranstaltungen „zur
- 15 exemplarischen Vermittlung interdisziplinärer Schlüsselqualifikationen, sowie
- 16 Grundkenntnisse in Nachbardisziplinen an. Diesem Bereich sollten „Viktimologie unter
- 17 besonderer Berücksichtigung der Situation von Opfern von Sexualstraftaten“ und
- 18 „Viktimologie unter Berücksichtigung der Situation traumatisierter Personen“
- 19 hinzugefügt werden.
- 20 5. Universitäten sollten verpflichtet werden, Seminare zur Viktimologie anzubieten,
- 21 wie dies bereits an der Universität Heidelberg oder der FU Berlin der Fall ist.
- 22 Inhalt dieser Seminare sollte beispielsweise Opferhilfe, Gesprächsführung mit Opfern,
- 23 Opferbelastung- und -bedürfnisse und sexueller Missbrauch in verschiedenen Kontexten
- 24 sein.
- 25 6. Auch im juristischen Vorbereitungsdienst ist der Opferschutz bislang nicht
- 26 gesetzlich verankert. Die Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die
- 27 Stoffpläne für die Lehrveranstaltungen in den Arbeitsgemeinschaften des juristischen
- 28 Vorbereitungsdienstes für RechtsreferendarInnen trifft derzeit keine Regelungen in
- 29 dem Sinne, dass Viktimologie in den Arbeitsgemeinschaften thematisiert wird. Dieser
- 30 Verwaltungsvorschrift sollten dieselben Vorschriften hinzugefügt werden, wie bereits
- 31 unter Forderung V Diese sollten in der Strafstation Pflichtstoff werden und
- 32 Gegenstand einer mindestens dreistündigen Veranstaltung sein.

Antrag IR 06: Schluss mit gewerblicher Lebensmittelverschwendung, Entkriminalisierung des sog. „Containerns“

- 1 **Schluss mit gewerblicher Lebensmittelverschwendung, Entkriminalisierung des sog.**
- 2 **„Containerns“**
- 3 18 Millionen Tonnen Lebensmittel werden nach Einschätzungen des WWF jedes Jahr in
- 4 Deutschland unverbraucht in den Müll geworfen.
- 5 Wir fordern daher:
- 6 3. dass es für gewerbliche Händler zukünftig strafbar sein muss, abgelaufene, jedoch
- 7 noch
- 8 1. verzehrbare Lebensmittel einfach wegzuwerfen. Stattdessen sollten Händler
- 9 abgelaufene und noch verzehrbare Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen
- 10 wie die Tafel spenden oder an anderen Gruppen wie beispielsweise „Food Saver“
- 11 unentgeltlich weitergeben. Dies muss streng überwacht werden.
- 12 1. dass, das sogenannte „Containern“, bei dem hauptsächlich Privatpersonen in den
- 13 2. Abfallcontainern der Einzelhändler nach weiterhin verzehrbaren Lebensmitteln
- 14 suchen, nicht mehr unter Strafe gestellt wird.
- 15 2. dass die Haftung des Händlers bei einem freiwilligen Inverkehrbringens mittels
- 16 3. „Containern“ und Spenden (z.B. an die Tafel) entfällt.

Antrag PO 02: Digitalisierung der SPD

1 Digitalisierung der SPD

- 2 1. Die Landespartei und die Bundespartei werden aufgefordert, zeitnah eine
3 umfassende Digitalisierungs-Strategie und einen Fahrplan zur Umsetzung
4 auszuarbeiten.
- 5 2. Die Landespartei und die Bundespartei werden entsprechend aufgefordert, die
6 Digitalisierung innerhalb der SPD voranzutreiben und eine technische
7 Infrastruktur insbesondere für alle Ortsvereine und Arbeitsgruppen
8 bereitzustellen.
- 9 3. Die Landespartei und die Bundespartei werden entsprechend aufgefordert, ein
10 Kompetenz-Zentrum zu bilden, das für innerparteiliche Organisation insbesondere
11 auf kommunaler Ebene und für eine verbesserte Außendarstellung (soziale Medien,
12 Video-Inhalte) die Ortsvereine unterstützt.
- 13 4. Barrierefreiheit soll dabei berücksichtigt werden.

Antrag PO 03: Eine inklusive innerparteiliche Demokratie

1 Zur Schonung des Parteihaushalts und insbesondere im Zuge von Corona werden Angebote
2 der Partei in immer größeren Anteilen in das Internet verlegt. Während die Effizienz
3 der Online-Angebote ein großer Vorteil ist, ergeben sich Bedenken bei der
4 innerparteilichen Willensbildung und Demokratie. Hinsichtlich der Altersstruktur
5 unserer Partei und schlechter Internetanbindung in vielen ländlichen besteht die
6 Gefahr, dass die Verlagerung der Parteiarbeit ins Internet viele Mitgliederinnen und
7 Mitglieder ausschließt.

8 Wir beantragen daher:

- 9 1. Erstes Gebot der Parteiarbeit muss sein, dass alle Mitglieder dieselbe Chance
10 haben an der innerparteilichen Demokratie und Willensbildung teilzuhaben.
- 11 2. Das Online-Angebot der Partei muss weiter ausgebaut werden. Die Online-Angebote
12 können aber nur zusätzliche Angebote sein, aber nur sehr begrenzt bisherige
13 Angebote ersetzen.
- 14 3. Bei Austausch-Plattformen, die seitens der SPD unterstützt und angeboten werden,
15 muss der Datenschutz und eine sichere Kommunikation sichergestellt sein,
16 beispielsweise durch peer-to-peer-Verschlüsselung.
- 17 4. Der Willensaustausch online funktioniert anders als bei einer
18 Präsenzversammlung. Die Agenda-Setterin oder der Agenda-Setter, z.B. die
19 Moderatorin oder Moderator beziehungsweise die oder der Vorsitzende, hat online
20 noch größeren Einfluss auf die Willensbildung. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit
21 für einseitige Diskussionsverläufe höher. Daher sollte es Schulungsangebote zur
22 Online-Arbeit geben sowie eine zentrale Anlaufstelle auf spd.de, die eine
23 Anleitung für Online-Angebote zeigt, um auch Online eine offene und ausgewogene
24 Willensbildung zu bewerkstelligen. Sollte es eine solche noch nicht geben, ist
25 sie zu entwickeln.

Antrag SF 01: Abschaffung des Progressionsvorbehalt bei der steuerlichen Betrachtung des Kurzarbeitergeldes

- 1 **Abschaffung des Progressionsvorbehalt bei der steuerlichen Betrachtung des**
- 2 **Kurzarbeitergeldes**
- 3 Wir beantragen die Abschaffung des Progressionsvorbehalts beim Kurzarbeitergeld.

Antrag UV 04: EEG-Deckelung aufheben

- 1 **EEG-Deckelung aufheben**
- 2 Die SPD-Fraktion im Bundestag, die SPD-regierten Bundesländer sowie die
- 3 Umweltministerin werden aufgefordert, die Begrenzung der Einspeisevergütung durch
- 4 Deckelung der förderfähigen Flächen auf max. 52 Gigawatt (EEG-Novelle 2016)
- 5 aufzuheben und darüber hinaus die im EEG festgeschriebene Einspeisevergütung
- 6 weiterhin zu garantieren.

Antrag UV 05: Lebensmittelversorgung und Energiewende sind keine Gegensätze!

- 1 **Lebensmittelversorgung und Energiewende sind keine Gegensätze!**
- 2 Die SPD spricht sich gegen den Einsatz von zur Lebensmittelproduktion genutzten
- 3 Landwirtschaftsflächen zur Energiegewinnung aus. Nachhaltige Lebensmittelerzeugung
- 4 und eine sichere Versorgung mit sauberer Energie sind keine Widersprüche und dürfen
- 5 nicht zu solchen werden. Die SPD fordert daher die Entwicklung eines stringenten
- 6 Kriterienkatalogs, der die Verpachtung von Landwirtschaftsflächen (Acker und
- 7 Grünland) für Photovoltaikanlagen nur in einem streng regulierten Umfang zulässt.
- 8 Ein preistreibendes konkurrierendes Verpachtungsverfahren zwischen den
- 9 Versorgungszielen „Lebensmittel vs. Energie“ muss dabei verhindert werden.

Antrag UV 07: Zugverbindung Stuttgart-Zürich

- 1 **Zugverbindung Stuttgart-Zürich**
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Die SPD fordert den zweigleisigen Ausbau der Zugverbindung Stuttgart-Singen-Zürich
- 4 (Gäubahn). Die Planungen hierfür sind umgehend zu beginnen und die notwendigen
- 5 finanziellen Mittel sind bereitzustellen.

Antrag W 01: Mit der SPD bleibt Baden-Württemberg vorne. Innovation und Sicherheit im Wandel.

1 **Mit der SPD bleibt Baden-Württemberg vorne.**

2 **Innovation & Sicherheit im Wandel.**

3 **1. Veränderung als Chance: Baden-Württemberg im Strukturwandel**

4 Wir wollen als SPD Baden-Württemberg unser Land erfolgreich in die Zukunft führen.

5 Wir verbinden diesen Anspruch mit unserer Vision für den Industriestandort: Baden-
6 Württemberg muss ein starker Industriestandort bleiben. Wir wollen Baden-Württemberg
7 dauerhaft positionieren als Musterland für Spitzentechnologie, Wohlstand und Gute
8 Arbeit. Die auf uns zu kommenden Veränderungen sehen wir dabei als Chance, die auch
9 einen aktiven Staat erfordert.

10 Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie wird deutlich, dass aktives staatliches Handeln
11 erforderlich ist, um Betriebe und Beschäftigte erfolgreich durch die Krise zu
12 bringen. Insbesondere die erleichterte und erweiterte Kurzarbeit sichert Millionen
13 von Beschäftigungsverhältnissen und Existenzen. Gleichzeitig werden ohnehin begonnene
14 Veränderungen – wie die Digitalisierung – durch die Pandemien zusätzlich
15 beschleunigt. Für viele Unternehmen gilt, dass grundsätzlich strukturelle und
16 konjunkturelle Herausforderungen nun zeitgleich bewältigt werden müssen. Das verlangt
17 nach neuen Instrumenten und einer gestaltenden Politik. Dafür steht die SPD in Bund
18 und Land.

19 **1.1) Vielschichtiger Wandel ergreift Arbeitswelt und Wirtschaft**

20 Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Diesen Leitsatz stellen wir an
21 den Anfang unserer strategischen Überlegungen für die Weiterentwicklung von Industrie
22 und Wirtschaft mit besonderem Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen und die
23 Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

24 Unsere Arbeitswelt und Wirtschaft befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel, der
25 alle Bereiche umfasst: vom industriellen Sektor bis zu Handwerk, Handel und
26 Dienstleistungen. Wir stehen angesichts von Technologiewandel, Energie- und
27 Mobilitätswende und neuen Wettbewerbern vor einem großen Transformationsprozess:

28 • Digitalisierung und Automatisierung verändern die Struktur der Arbeit vom Büro
29 bis zum Fließband. Durch ausgefeilte Sensorik, intelligente Software zur
30 Auswertung und Steuerung und bessere Übertragungstechnik werden Produkte und
31 Maschinen zunehmend intelligenter. Die physische Welt der Werkstücke verschmilzt
32 zunehmend mit der virtuellen Welt der Daten.

33 Heute etablierte Tätigkeiten werden sich grundlegend verändern oder teilweise sogar
34 entfallen, gleichzeitig entstehen nach und nach viele neue und heute noch nicht
35 vorhersehbare Formen von Arbeit.

36 • Die existenziell erforderliche Klimaschutzstrategie zur Einhaltung der Pariser
37 Klimaschutzziele erfordert einen konsequenten öko-sozialen Umbau unserer
38 Industrie. Durch Innovationen im Umweltbereich und durch Ressourceneffizienz

39 entsteht eine große Chance für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sowie
40 Wachstumschancen in technologiegetriebenen Bereichen.

41 • Der globale Wettbewerb um Qualität, Innovationen und Nachhaltigkeit für die
42 Herstellung von Produkten nimmt an Tempo und Intensität zu und stellt für unsere
43 Industrien eine wichtige Herausforderung dar. Beispielsweise im Bereich neuer
44 Antriebstechnologien (Elektro, Wasserstoff, Hybrid) gibt es bereits starke
45 Konkurrenz jenseits der etablierten baden-württembergischen Automobilindustrie.

46 Konzerne mit bisherigem Fokus auf ihre digitale Kernkompetenz werden über eine
47 Diversifizierung ihrer Produktstrategie zunehmend in der Lage sein,
48 industrietechnologisches Knowhow mit passender Software und Design zu kombinieren und
49 damit in Konkurrenz zu etablierten Unternehmen zu treten.

50 Entwicklungen bei Demografie und globaler Konjunkturlage bringen zusätzliche
51 Herausforderungen:

- 52 • Der demografische Wandel führt zu einem deutlichen Rückgang des
53 Arbeitskräftepotenzials. So wird die erwerbsfähige Bevölkerung, aktuell knapp 6
54 Millionen Menschen in Baden-Württemberg, in den kommenden Jahren zunächst
55 allmählich und dann immer schneller bis 2050 zurückgehen.
- 56 • Hinzu kommen, neben den gravierenden Folgen der Corona-Krise, wirtschaftliche
57 Risiken aus externen Effekten wie dem Brexit oder dem transatlantischen
58 Handelskonflikt, deren vollständige Dimension und Auswirkungen gerade für eine
59 exportorientierte Region wie Baden-Württemberg für die kommenden Jahre noch
60 nicht überschaubar sind. Schon heute zeichnen sich bei heimischen Betrieben, die
61 in den vergangenen Jahren Produktionskapazitäten deutlich erhöht haben, in Folge
62 der Corona-Krise und der globalen Konjunkturabkühlung wirtschaftliche Probleme
63 ab.

64 **1.2) Die Ausgangslage: Starker Standort - schwache Politik!**

65 *Stärken des Standortes Baden-Württemberg:*

66 Baden-Württemberg ist ein starkes und erfolgreiches Land. Das haben wir dem
67 Erfindergeist - wir sind das Land mit den meisten Patentanmeldungen pro Kopf - und
68 dem Fleiß der baden-württembergischen Bevölkerung zu verdanken.

69 Sowohl im innerdeutschen als auch im europäischen Vergleich nehmen wir gegenwärtig
70 eine Spitzenposition bei den wirtschaftlichen Kern-Indikatoren ein. Das gilt sowohl
71 für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, bei gleichzeitig regional ausgewogener
72 Verteilung, als auch für die Investitionsquote, die wiederum stark nach oben gezogen
73 wird durch Investitionen in den verschiedensten Industriesektoren.

74 Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote auf einem niedrigen Niveau und baden-
75 württembergische Produkte sind auf den Weltmärkten stark nachgefragt, wie die starke
76 Exportquote langfristig zeigt. Beim Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der
77 Bruttowertschöpfung ist Baden-Württemberg im internationalen Vergleich führend.

78 Baden-Württemberg verfügt über eine einzigartige wirtschaftliche Struktur mit
79 traditionell starken industriellen Kernen und einer großen Branchenvielfalt.

80 Zahlreiche mittelständische „Hidden Champions“ aus allen Regionen des Landes und

81 Weltkonzerne sind Visitenkarten für die Industrie unseres Landes.

82 Fast jeder vierte Erwerbstätige ist in der Industrie beschäftigt. Prägend ist nach
83 wie vor die Elektro- und Metallindustrie mit dem Maschinenbau- und
84 Automobilindustrie. Zur wirtschaftlichen Stärke tragen auch die Papier- und
85 Textilindustrie bei. Die chemische Industrie, mit ihren großen pharmazeutischen
86 Standorten und Schwerpunkten in der Biotechnologie deckt mit rund 40.000
87 Arbeitsplätzen in Baden Württemberg fast alle Teile der Wertschöpfungskette der
88 Gesundheitsindustrie ab.

89 Die Wachstumspotenziale für die baden-württembergische Industrie sind auch in Zukunft
90 beträchtlich, vorausgesetzt die richtigen politischen und strukturellen Weichen
91 werden für die Zukunft gestellt.

92 Neben einer starken industriellen Struktur haben auch Dienstleistungen in den
93 vergangenen Jahren überdurchschnittlich zur wirtschaftlichen Leistung beigetragen.
94 Dazu gehört beispielsweise der Tourismus als Jobmotor: Baden-Württemberg ist mit
95 jährlich knapp 55 Millionen Übernachtungen das zweitwichtigste deutsche Reiseland.
96 Über 390.000 Arbeitsplätze sind im Land vom Tourismus abhängig.

97 Ebenso ist die Kultur- und Kreativwirtschaft mit einer hohen Zahl an Selbständigen,
98 einer sehr hohen Gründungsdynamik und innovativen Geschäftsmodellen ein
99 unverzichtbarer Teil unseres Standorts. Sie ist mit 234.000 Beschäftigten und einem
100 Jahresumsatz von ca. 24 Milliarden Euro im bundesweiten Vergleich besonders stark.
101 Ihre Produkte stehen oft am Anfang von Wertschöpfungsketten und spielen damit eine
102 Schlüsselrolle für andere Wirtschaftsbranchen.

103 *Herausforderungen für den Standort Baden-Württemberg:*

104 Ein Ausruhen auf bereits Erreichtem reicht bei weitem nicht aus. Um in Zukunft die
105 Arbeitsplätze und damit unseren Wohlstand zu sichern müssen für viele, sich bereits
106 heute abzeichnende, Entwicklungen, Probleme und Gefahren, Lösungen entwickelt werden.
107 Dies ist insbesondere für strukturelle Themen besonders wichtig. Die Auswirkungen des
108 Fachkräftemangels sind im Land bereits deutlich spürbar. Laut Industrie- und
109 Handelskammer in Baden-Württemberg fehlen bereits jetzt 42.000 Akademiker*innen,
110 184.000 Facharbeiter*innen und 105.000 im Betrieb weitergebildete Fachkräfte.
111 Besonders gravierend ist die Situation im Bereich Pflege sowie im Bereich MINT
112 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Gleichzeitig ist aufgrund
113 der industriellen Prägung des Landes der Qualifizierungsbedarf für die Beschäftigten
114 im Bundesvergleich weit oben anzusiedeln.

115 Der technologische Strukturwandel und andere sich abzeichnende Entwicklungen stellen
116 insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor Herausforderungen, die den
117 überragenden Anteil der Betriebe im Land ausmachen. Sie sind der Schlüssel für die
118 dauerhafte Innovationskraft Baden-Württembergs. Die KMU werden aber derzeit vom Land
119 im Stich gelassen, wenn es um die Bewältigung der anstehenden Transformationsprozesse
120 hinsichtlich Technologietransfer, Innovationen und Qualifizierung der Beschäftigten
121 geht, obwohl ihre größenbedingte Nachteile gegenüber Großunternehmen im Wettbewerb
122 auf der Hand liegen. Es fehlt an einer aktiven, strategischen Koordinierung in der
123 Landesregierung.

124 Grundvoraussetzung für eine gute Weiterentwicklung des Standortes sind Investitionen
125 in die öffentliche Infrastruktur. Gerade im entscheidenden Segment der digitalen
126 Infrastruktur ist Baden-Württemberg nur unzureichend auf die Zukunft vorbereitet. Die
127 spürbaren Lücken in der Versorgung mit schnellem Breitband sowie die in vielen
128 Regionen nicht zufrieden stellende Mobilfunkversorgung gefährden auf Dauer
129 Wertschöpfung und wirtschaftliche Perspektiven. Baden-Württemberg braucht eine
130 wirksame digitale Agenda.

131 Die derzeitige Landesregierung hat weder eine Vision für die Zukunft des Standorts
132 Baden-Württemberg, noch nimmt sie eine aktive Rolle bei der Gestaltung des
133 Transformations-prozesses der Industrie ein. Eine strategische Wirtschafts- und
134 Industriepolitik ist nicht erkennbar. Anstatt die genannten Herausforderungen
135 anzupacken, ruht sich Grün-Schwarz auf den Erfolgen der Vergangenheit aus. Einzelne
136 Initiativen bleiben Stückwerk und sind nicht aufeinander abgestimmt. Der Dialog mit
137 den Sozialpartnern und anderen am Wirtschaftsleben Beteiligten findet nur punktuell
138 statt und ist nicht institutionell verankert. Angesichts der Größe und der
139 strategischen Bedeutung des Transformationsprozesses für die Zukunft Baden-
140 Württembergs springt die Landesregierung deutlich zu kurz.

141 **1.3) Die Industrie in Baden-Württemberg schafft Wohlstand und Gute Arbeit**

142 Die Industrieunternehmen und Ihre ArbeitnehmerInnen haben entscheidend dazu
143 beigetragen, dass unser Bundesland eine der wohlhabendsten Regionen der Welt ist.
144 Arbeitsplätze in vielen Industriebetrieben zeichnen sich durch überdurchschnittliche
145 Entlohnung, anspruchsvolle Tätigkeitsprofile und eine hohe Arbeitsplatzsicherheit
146 aus. Sie bietet Menschen aller Altersklassen und Qualifikationsstufen sichere und gut
147 bezahlte Arbeitsplätze. Viele Betriebe in Baden Württemberg stehen für Gute Arbeit,
148 halten sich an Tarifverträge, haben Betriebsräte, akzeptieren die gewerkschaftliche
149 Mitbestimmung und praktizieren Sozialpartnerschaft.

150 Die Industrie strahlt über ihren Kern hinaus aus für die Stabilität des
151 Arbeitsmarktes: ein Arbeitsplatz in der Industrie schafft 2,2 Arbeitsplätze in
152 dazugehörigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereichen bis hin zum Handwerk.

153 Auch für die Innovationskraft unseres Standorts sind die industriellen Strukturen
154 prägend: allein 80 % der Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben in Baden-Württemberg
155 kommen aus der Wirtschaft.

156 **Fazit:**

157 Der Wandel der Arbeitswelt erfasst das Land in schneller Geschwindigkeit. Besonders
158 akut sind die Probleme für den industriellen Sektor, an dem zusammen mit
159 industrienahen Dienstleistungen über 2 Millionen Arbeitsplätze hängen, ein Viertel
160 davon alleine in der Automobilindustrie. Zugleich ist Industrie der Anker für
161 Wohlstand und gute Arbeit.

162 Hier muss als aller erstens eine schlüssige Standortstrategie der Landesregierung
163 ansetzen. Dies gilt gerade angesichts der Zuspitzung der Lage im Zuge der Corona-
164 Pandemie.

165 **2. Baden-Württemberg vorne: unser Industriestandort muss führend bleiben**

166 **2.1) Industriestrategie 2030: Unsere Ziele für den Industriestandort Baden-**
167 **Württemberg**

168 Für die SPD Baden-Württemberg ist klar: wir müssen an starken industriellen
169 Strukturen im Land festhalten, diese ausbauen und im Sinne einer sozial-ökologischen
170 Transformation weiterentwickeln.

171 Die Industriepolitik für Baden-Württemberg muss ambitioniert sein. Unsere
172 grundsätzlichen Ziele sind dabei klar:

- 173 • Wir wollen Beschäftigung und Wohlstand mit Unterstützung aktiver Politik
174 sichern. Dazu wollen wir den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung über das
175 heutige Niveau ausbauen und durch Schaffung guter Bedingungen Wertschöpfung ins
176 Land zurückholen.
- 177 • Baden-Württemberg muss das Musterland der guten Industriearbeit und des
178 ökosozialen Umbaus der Industrie werden. Industrie und Umweltschutz passen für
179 uns zusammen und sind keine Gegensätze.
- 180 • Baden-Württemberg muss als Technologiestandort spitze bleiben. Bei Qualität,
181 Innovationsgrad und Nachhaltigkeit ihrer Fertigung und Produkte sollen unsere
182 Industrieunternehmen globale Standards setzen.
- 183 • Baden-Württemberg muss beim Bau der Autos der Zukunft in allen Technologien
184 führend sein: Elektromobilität, Brennstoffzelle, synthetische Kraftstoffe. Dies
185 gilt für Forschung und Entwicklung ebenso wie für die Produktion auf der ganzen
186 Wertschöpfungskette.
- 187 • Baden-Württemberg muss federführend bei der Entwicklung neuer
188 Mobilitätskonzepte sein. Dies gilt für autonomes Fahren ebenso wie
189 für integrierte und digitale Mobilitätskonzepte. Hierzu braucht das Land ein
190 starkes Profil bei der Forschung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz.
- 191 • Baden-Württemberg muss der führende Standort für den Maschinenbau, die
192 pharmazeutische Industrie, die Medizintechnik und die Biotechnologie in
193 Deutschland bleiben.“
- 194 • Baden-Württemberg muss sich als Standort auch in Zukunft durch tiefe
195 Wertschöpfungsketten auszeichnen, die auch das Handwerk und die industrienahen
196 Dienstleistungen umfassen. Das ist ein unverzichtbarer Wettbewerbsvorteil.
- 197 • Wir wollen Innovationen gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen fördern,
198 Technologietransfer ist Aufgabe aktiver Landespolitik.

199 Für uns ist bei der Verwirklichung dieser Ziele klar: Wir brauchen alle und wir
200 nehmen alle dabei mit! Eine starke Industrie muss auch in Zukunft gute und sichere
201 Arbeit für möglichst viele Menschen und Wohlstand für Baden-Württemberg sichern.

202 **2.2) Perspektiven für alle - Unser Leitbild heißt gute Arbeit**

203 Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft und damit den Arbeitsalltag für nahezu
204 alle Beschäftigten. Aber nicht die Technik an sich entscheidet, ob das Zeitalter der
205 Digitalisierung bedrohlich oder verheißungsvoll für die Beschäftigten und die
206 Gesellschaft sein wird.

- 207 Positive wie negative Entwicklungen erscheinen durch technologischen Fortschritt
208 möglich:
- 209 • Digitale Technologien werden Tätigkeiten ersetzen können. Manche Beschäftigte
210 wird dies von monotonen Tätigkeiten entlasten, andere ihre Entgeltgruppe, ihre
211 Anstellung und ihre Perspektive kosten.
 - 212 • Arbeit kann für mehr Beschäftigte dezentral organisiert werden. Dies kann
213 selbstbestimmte Freiräume ermöglichen oder aber zum Arbeiten rund um die Uhr
214 führen.
 - 215 • Für andere Beschäftigte besteht hingegen keine Möglichkeit des mobilen
216 Arbeitens, ihre Ansprüche an Selbstbestimmung bleiben auch in neuen digitalen
217 Zeiten nicht eingelöst.
- 218 Für die Sozialdemokratie gilt seit je her: Technischer Fortschritt muss die
219 Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verbessern. Es ist unser historischer
220 Auftrag die Technikentwicklung für sozialen Fortschritt zu nutzen.
- 221 Die Arbeits- und Lebensrealitäten der Menschen dürfen nicht immer weiter auseinander
222 geraten. Eine Spaltung des Arbeitsmarktes in sichere Beschäftigung und prekäre Jobs
223 ist für uns nicht akzeptabel. Ohne eine aktive politische Gestaltung droht eine
224 Spaltung in Gewinner und Verlierer. Für uns gilt: Wir wollen gute Arbeit und gute
225 Arbeit muss für alle Beschäftigten möglich sein.
- 226 Auch im Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Gerade angesichts der
227 demographischen Veränderungen gilt für uns: Wir brauchen alle. Und wir wollen auch im
228 Wandel eine Perspektive auf gute und sichere Arbeit für alle bieten.
- 229 Auch im Zeitalter der Transformation muss Arbeit menschengerecht gestaltet werden.
230 Sie darf weder kurz- noch langfristig die physische und psychische Gesundheit
231 beeinträchtigen. Sie muss an die Bedürfnisse und Potenziale der arbeitenden Menschen
232 angepasst sein und die Entwicklung der Persönlichkeit fördern.
- 233 Nötig ist eine neue Initiative zur Humanisierung der Arbeit. Dies verlangt sowohl von
234 den Sozialpartnern als auch von der Politik entschlossenes Handeln unter dem Motto
235 „Vorfahrt für gute und gesundheitsförderliche Arbeit“.
- 236 • Digitalisierung und Mitbestimmung sind keine Widersprüche, sondern werden erst
237 im Zusammenspiel zum Erfolg. Um diesen Erfolg zu erreichen, müssen
238 Unternehmensleitungen sowie Gewerkschaften und Betriebsräte zusammenarbeiten.
239 Nur so kann eine wirtschaftliche und menschengerechte Digitalisierung gestaltet
240 werden.
 - 241 • Gute Arbeit muss auch im Home-Office gelten. Wir wollen nicht nur ein Recht auf
242 Home-Office für die Beschäftigten, sondern auch mehr Rechte für die
243 Beschäftigten im Homeoffice.
 - 244 • Mit Sorge beobachten wir, dass unter Hinweis auf Digitalisierung Schutzrechte
245 für Beschäftigte abgebaut werden sollen und einige Unternehmen dies für
246 Tariffucht nutzen wollen. Wir sind der Meinung: Schutzrechte dürfen nicht
247 abgebaut werden, vielmehr müssen sie auf neue Herausforderungen hin ausgerichtet
248 und konkretisiert werden.

- 249 • Der staatliche Arbeitsschutz in Baden-Württemberg ist in schlechter Verfassung.
250 Dies wollen wir als Sozialdemokraten ändern, um die Arbeitsbedingungen für die
251 Beschäftigten zu verbessern. Neben einer verbesserten personellen Ausstattung
252 der Arbeitsschutzaufsicht ist zudem eine Reform des Arbeitsschutzrechts im Sinne
253 einer Anpassung an neue Gefährdungen nötig, die die Gesundheit der Beschäftigten
254 effektiv schützt. Die vorhandene Regelungslücke im Bereich der psychischen
255 Belastungen muss durch eine Anti-Stress-Verordnung geschlossen werden.

256 **3. Zentrale Handlungsfelder unserer Industriestrategie 2030**

257 **3.1) Die industriellen Kerne stärken**

258 **a) Eine zukunftsfähige Automobilindustrie**

259 Wir wollen die Transformation in der Automobilindustrie aktiv gestalten: das nächste
260 Jahrzehnt wird unter dem Vorzeichen der Elektromobilität stehen. Gleichzeitig bleiben
261 wir offen für eine Vielfalt der Antriebstechniken.

262 Die Herausforderungen für die Automobilindustrie haben sich jenseits des hohen
263 Transformationsbedarfs durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie vergrößert und
264 gerade in Bezug auf Zulieferbetriebe verschärft. Deswegen wollen wir hier gezielt mit
265 einem landeseigenen Fonds an mittelständischen Zuliefererbetrieben beteiligen, um
266 deren finanzielle Basis im technologischen Wandel zu sichern und damit Arbeitsplätze
267 zu erhalten.

268 In den kommenden Jahren wird es in Folge der politischen Weichenstellungen einen
269 stark steigenden Anteil von batterieelektrischen Autos geben. In der weiteren
270 Entwicklung ist von sinkenden Batteriezellpreisen auszugehen, die für eine weitere
271 Dynamik sorgen werden. Dieser mittelfristig zu erwartendem Preisvorteil ist
272 ausschlaggebend dafür, dass die Batterie und nicht die deutlich teurere
273 Brennstoffzelle beim Großteil der PKW-Konzepte das Rennen macht. Über längere Zeit
274 kann sich dies ändern und auch bei größeren Fahrzeugen – insbesondere LKW und Bussen
275 - sieht die Ausgangslage anders aus. Hier hat neben konventionellen Antrieben auch
276 die Brennstoffzelle eine gute Chance. Zudem sind auch im Bereich synthetischer
277 Kraftstoffe weitere Entwicklungen zu erwarten. Vor diesem Hintergrund setzen wir auf
278 weitere Innovationen. Technologieoffenheit ist angebracht.

279 Vor diesem Hintergrund ist es ein schwerer Schlag für unser Land, dass die vom Bund
280 mit einer halben Milliarde Euro geförderte Forschungsfabrik Batteriezelle nicht hier
281 im Land, sondern aus für uns nicht nachvollziehbaren Gründen in Nordrhein-Westfalen
282 angesiedelt wurde. Umso wichtiger ist, dass die Landesregierung alles unternimmt,
283 Forschung und nachgelagerte Batteriezellenproduktion nachhaltig in Baden-Württemberg
284 zu verankern.

285 Die Brennstoffzelle wird sich kurzfristig zwar nicht im PKW durchsetzen, allerdings
286 muss der vorhandene technologische Vorsprung der Brennstoffzellentechnologie erhalten
287 und mit einer Wasserstoffwirtschaft und Energiespeicherung verbunden werden. Das
288 gelingt nur durch eine koordinierte Industriepolitik. Die Elektromobilität muss
289 produktseitig durch die Autoindustrie befördert werden, aber nötig ist auch eine
290 entsprechende Infrastruktur, von der regenerativen Energieerzeugung einschließlich

291 Netzausbau bis hin zu flächendeckenden Ladesäulen, damit eine Mobilitäts- und
292 Energiewende vorankommt.

293 Gerade im Schwerlastverkehr können wasserstoffbasierte Technologien künftig von
294 großer Bedeutung sein. Die praktische Erprobung dieser Zukunftstechnologie könnte
295 beispielsweise in einem konkreten Wirtschaftskreislauf wie beispielsweise Handel oder
296 Logistik in Baden-Württemberg erfolgen. Hier verweisen wir auf das Vorbild Schweiz
297 mit der Initiative „H2 Mobilität“.

298 Den "digitalen" Ausstattungsmerkmalen von Autos wird seitens der Konsumenten immer
299 höhere Bedeutung beigemessen. Beispiele sind Internetanbindung für Kommunikation,
300 Entertainment und Information, Sensorik, Fahrassistenz und mittelfristig auch
301 autonomes Fahren. Um zukünftig wettbewerbsfähig zu sein, müssen die
302 Automobilhersteller in den Bereichen digitale Komponenten (Hard- und Software)
303 weitere Kompetenzen aufbauen. Für Zulieferer bieten sich hier Chancen, neues
304 Umsatzpotenzial zu entwickeln.

305 **b) Innovativer Maschinen- und Anlagenbau**

306 Baden-Württemberg ist das führende Zentrum des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus.
307 Rund ein Viertel der gesamten deutschen Maschinen- und Anlagenbauer haben ihren Sitz
308 in Baden-Württemberg. Traditionell zeichnet sich die Branche durch ein breites
309 Spektrum unterschiedlicher Sparten und Unternehmensgrößen aus. Besondere Schwerpunkte

310 liegen im Werkzeugmaschinenbau, in der Antriebstechnik und im Maschinenbau für
311 bestimmte Wirtschaftszweige wie z. B. Bau-, Druck-, Holzbearbeitungs-, Papier-,
312 Textil- und Verpackungsmaschinen. Die Strahlkraft des Maschinen- und Anlagenbaus geht
313 damit weit über die eigentliche Branche hinaus. Insgesamt ist der Maschinen- und
314 Anlagenbau Baden-Württembergs vergleichsweise stark auf die Automobilindustrie
315 ausgerichtet.

316 Maschinen und Anlagen stellen eine bedeutende Grundlage für die Innovations- und
317 Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Verarbeitenden Gewerbes dar. Die Produktivitäts-,
318 Effizienz-, Qualitäts- und Kostenentwicklung in den produzierenden Unternehmen aller
319 Branchen werden durch sie bestimmt.

320 Maschinenbaurelevante Megatrends jenseits der Entwicklungsthemen für die
321 Automobilindustrie sind:

- 322 • Internet der Dinge: Maschinen werden durch die Integration von elektronischen
323 Komponenten und Software vernetzt und können zunehmend autonom agieren. Die
324 Nutzung von Sensoren erlaubt automatische Selbstdiagnosen und prädiktive
325 Instandhaltungen und Bestellung von Verschleißteilen. Ressourcen können
326 zunehmend intelligent und kostensparend genutzt werden.
- 327 • Ressourceneffiziente Produkte bieten neue Wachstumschancen. Durch Entwicklung
328 und Vermarktung neuer, energieeffizienter Produkte und Anlagen entstehen
329 Exportchancen in technologiegetriebenen Bereichen und Wachstumschancen in der
330 Fläche, von denen zum Beispiel der Bausektor bei der energetischen
331 Gebäudesanierung profitiert.

332 • Globale Infrastruktur: Mehr als zwei Milliarden Menschen sind ohne Zugang zu
333 sauberem Wasser. Der Handlungsbedarf bei diesen Infrastrukturmaßnahmen ist
334 gigantisch. Die baden-württembergische Maschinenbauindustrie hat hier wichtige
335 Kernkompetenzen.

336 Ein innovativer Maschinen- und Anlagenbau, der die Chancen der Digitalisierung nutzt,
337 ist für uns die Schlüsselbranche für eine gelingende sozial-ökologische
338 Transformation. Darauf muss die aktive Förderung im Land Baden-Württemberg mit
339 durchdachten Landesprogrammen konzentriert werden, zu denen ein ambitionierter
340 Energieeffizienzfonds BW zur Sanierung von Landes-, Kommunal- und Privatgebäuden
341 gehört.

342 Baden-Württemberg muss als führender Messestandort für Umwelttechnologie etabliert
343 werden und für eine regelmäßige physische Präsenz aller Weltmarktführer sorgen.

344 **c) Starke industrielle Gesundheitswirtschaft**

345 Angesichts wachsender konjunktureller Schwankungen wirkt die industrielle
346 Gesundheitswirtschaft und Medizintechnikindustrie als relativ krisensichere und
347 konjunkturunabhängige Industrie wie ein Fels in der Brandung.

348 Im Interesse dieser Gesundheitswirtschaft und der damit verbundenen Arbeitsplätze
349 muss das Land im Bund auf stabile wirtschafts- und gesundheitspolitische
350 Rahmenbedingungen im Hinblick auf Gesetzgebung, Finanzierung, Erstattungsregularien
351 und Versorgung drängen. Der Ordnungsrahmen muss in Zukunft noch mehr als bisher auf
352 Kontinuität ausgerichtet sein.

353 In Zukunft wird es im Pharmabereich sehr stark auf Entwicklungskooperationen
354 ankommen. Pharmaunternehmen setzen zunehmend auf Kooperationen:

- 355 • untereinander, um Kosten und Risiken zu teilen
- 356 • mit kleineren Unternehmen, um Zugang zu spezifischem Know-How zu erhalten
- 357 • mit staatlichen Forschungseinrichtungen, um an den neuesten Erkenntnissen der
358 universitären Forschung teilzuhaben

359 Ziel der Landespolitik muss es sein, an jeder forschungsstarken Universitätsklinik
360 ein Exzellenz-Zentrum für ein bestimmtes Fachgebiet zu etablieren mit Fokus auf
361 wachstumsstarke Bereiche. Um die Wertschöpfung aus Entwicklungskooperationen
362 langfristig im Land zu halten, sollte die Landesregierung die Ansiedlung von
363 internationalen Pharmakonzernen forcieren.

364 Die aktuellen Entwicklungen zeigen wie wichtig die Liefer - und Versorgungssicherheit
365 für Arzneimittel und Wirkstoffe ist. Daher haben wir als SPD ein starkes Interesse an
366 einer vielfältigen und leistungsstarken Generikaproduktion in Deutschland. Baden-
367 Württemberg eignet sich als Produktionsstandort in hervorragender Weise. Daher
368 verlangen wir vom Land eine weitsichtige Förderstrategie zur Erreichung dieses
369 Zieles.

370 Daneben muss das Land darauf hinwirken, die Markteinführung von innovativen Produkten
371 im Bereich Medizin und Pflege durch die Vereinfachung von Normierungs-,
372 Standardisierungs- und Prüfstrategien zu beschleunigen. Hier muss Baden-Württemberg

373 eine aktive Rolle im Bund wie auch in den einschlägigen nationalen und
374 internationalen Organisationen verfolgen. Außerdem sollten die Unikliniken Vorreiter
375 einer solchen Standardisierung sein.

376 **d) Übergreifende industrielle Handlungsfelder**

377 Für die Zukunft unserer heimischen Industrie gibt es eine Reihe gemeinsamer
378 Handlungsfelder, die vom Land strategisch angegangen werden müssen:

379 • Baden-Württemberg braucht für die Entwicklung seiner industriellen Kerne eine
380 aktive staatliche Strukturpolitik, die mit Blick auf die Regionen im Land die
381 relevanten Handlungsfelder erkennt und darauf aufbauend zielgerichtete Maßnahmen
382 umsetzt.

383 Wesentlich ist dabei, dass Regionen nicht erst in eine Strukturkrise geraten sein
384 müssen, sondern Strukturpolitik präventiv wirken muss. Natürlich sollen im Rahmen
385 einer zielgerichteten Strukturpolitik Mitnahmeeffekte für Unternehmen vermieden
386 werden. Dies könnte durch Kriterien wie verbindliche Beschäftigtenzahlen,
387 Tarifbindung, vorhandene Mitbestimmung und verbindliche Qualifizierungspläne unter
388 anderem eingeschränkt werden.

389 • Wir benötigen produktübergreifend intelligente Maßnahmen zur Absatzförderung,
390 die gleichzeitig den Klimaschutz stärken. Der Neukauf von Produkten, die zu
391 einer deutlichen CO2 Einsparung führen und bei denen der Hersteller bereit ist,
392 mit zu subventionieren, sollen mit einem staatlichen Innovationsbonus belegt
393 werden. Eine konsequente Politik auf dieser Ebene geht in ihrer Lenkungswirkung
394 weit über die Förderung von Autos mit erneuerbaren Antrieben hinaus. Es stärkt
395 den Ansatz, den Klimaschutz bei industriellen Produkten und Fertigungsprozessen
396 immer mitzudenken.

397 • Branchenübergreifende Kooperationen werden immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das
398 Land könnte beispielsweise die Potenziale der bei uns hervorragend aufgestellten
399 Medizintechnikindustrie noch stärker nutzen durch eine intensive Vernetzung mit
400 den Sektoren IT und Maschinenbau. Dadurch werden Chancen geschaffen für den
401 Ausbau innovativer Behandlungen und der minimalinvasiven Chirurgie.

402 • Digitalisierung und Vernetzung verlangen höhere Sicherheitsanforderungen und
403 Investitionen: in Sabotageabwehr, zusätzliche Sicherung von
404 Maschinenbetriebssystemen, Backup-Speicherung von Daten sowie Notfallpläne bei
405 Hackerangriffen. Wir wollen auch hier Baden-Württemberg zu einem Musterland für
406 höchste industrielle IT-Sicherheit machen.

407 • In der Region Oberrhein sollten die Chancen der grenzüberschreitenden
408 Zusammenarbeit bei Forschung und Industrie genutzt werden. Das Land muss einen
409 konsequenten Austausch und strategische Zusammenarbeit der regionalen Akteure
410 aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über Grenzen hinweg („regionale
411 Governance“) befördern.

412 **3.2) Moderne Industrie braucht moderne digitale Infrastruktur**

413 Eine zukunftsfähige Industrie braucht eine moderne und leistungsfähige digitale
414 Infrastruktur. Unser Ziel ist es, für alle Regionen und alle Bürgerinnen und Bürger

415 des Landes Baden-Württemberg in den kommenden Jahren einen Zugang zum Glasfasernetz
416 mit mindestens 100 Megabit pro Sekunde bereitzustellen. Um kleinen und
417 mittelständischen Unternehmen zu helfen, muss in diesem Zuge geprüft werden, die
418 Versorgung von Gewerbegebieten in schlecht erschlossenen Regionen mit
419 Glasfaseranbindung temporär staatlich zu subventionieren.

420 Der aktuell intensiv diskutierte Aufbau des 5G-Netzes, das rund hundertmal schneller
421 ist als die LTE-Technologie, bietet sicherlich gerade für Baden-Württemberg große
422 Zukunftsperspektiven; insbesondere für Anwendungen in der Industrie. Es ist die
423 Chance, dass Fest- und Mobilfunknetze zusammenwachsen. Aber elementare Voraussetzung
424 für den Ausbau von 5G ist erst einmal eine flächendeckende Abdeckung des Landes mit
425 LTE. Die SPD Baden-Württemberg tritt daher für eine Offensive ein, um erhebliche
426 finanzielle Mittel für den Ausbau von Mobilfunkmasten zu mobilisieren. Der Ausbau
427 wollen wir dabei dezentral in die Umsetzungsverantwortung auf die kommunale Ebene
428 geben. Wir wollen im Rahmen der staatlichen Offensive zusätzlich die Eignung von
429 Landesliegenschaften prüfen, um dort Mobilfunkmasten zur Schließung von
430 Mobilfunklücken aufzubauen. Eine landeseigene Infrastrukturgesellschaft zum Aufbau
431 einer eigenständigen, staatlichen Mobilfunkinfrastruktur kann eine Antwort des Landes
432 Baden-Württemberg sein, wenn der Ausbau - trotz Zusagen des Bundes - und der
433 Mobilfunkanbieter weiterhin nicht zügig vorankommt. Priorität haben aber zunächst
434 weitere Marktanzreize. Wir ziehen beispielsweise eine „Weiße-Flecken-Auktion“ in
435 Erwägung, bei der die anbietenden Unternehmen sich für die Erschließung von „weißen
436 Flecken“ bewerben können und dafür die finanzielle Unterstützung seitens des Landes
437 erhalten.

438 Seit der Privatisierung der Telekommunikation in den 90er Jahren hat es keine
439 befriedigende Versorgung durch den Markt im Bereich der digitalen Infrastruktur
440 gegeben. Eine gesellschaftliche und politische Diskussion über die Netzinfrastruktur
441 als öffentliche Daseinsvorsorge ist daher notwendig. Wir wollen unter Einschluss der
442 rechtlichen Aspekte prüfen, ob und wie eine stärkere Rolle des Staates und
443 insbesondere der Kommunen zu besseren Ergebnissen beim Ausbau der digitalen
444 Infrastruktur führen kann.

445 Baden-Württemberg hat auf der Regierungsebene eine besondere Konstellation
446 hinsichtlich der Förderkoordination für digitale Infrastruktur, weil das Thema
447 Mobilfunk im Wirtschaftsministerium und das Thema Breitband im Innenministerium
448 verortet ist. Wir wollen stattdessen eine Bündelung an einer Stelle, um die
449 Schlagkraft für eine konsequente Förderung deutlich zu erhöhen. Baden-Württemberg
450 darf nicht weiter zurückgeworfen werden, sondern muss bei der digitalen Infrastruktur
451 Spitze in Europa werden.

452 **3.3) Spitze bei Wissenschaft und Forschung**

453 Baden-Württemberg verfügt über eine hervorragende Forschungsinfrastruktur, die in
454 vielen Bereichen internationales Spitzenniveau erreicht und ein entscheidender
455 Standortfaktor im globalen Innovationswettbewerb ist.

456 Neben Universitäten von Weltrang und Hochschulen verfügt das Land über mehr als 60
457 leistungsfähige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Ein Viertel der

458 Forschungskapazität der deutschen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen ist
459 hier angesiedelt.

460 Die Institute der wirtschaftsnahen Forschung bilden die Brücke zwischen der
461 Grundlagenforschung und der technischen Entwicklung von Produkten und
462 Produktionsverfahren in den Unternehmen.

463 Wir wollen die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg in ihrer Qualität erhalten
464 und weiter ausbauen, gerade auch um den Technologietransfer für KMU damit
465 voranzutreiben.

466 Unser politisches Ziel ist es, eine neue Dynamik bei den Forschungsbemühungen der
467 Hochschulen in Baden-Württemberg in Kooperation mit der Wirtschaft zu initiieren. Die
468 Ausgangslage ist hier je nach Hochschultyp, aber auch je nach Hochschule höchst
469 unterschiedlich. Während zahlreiche Hochschulen bereits über eine Vielzahl von
470 Forschungsk Kooperationen mit Unternehmen verfügen, scheint es bei anderen Hochschulen
471 noch deutliches Entwicklungspotenzial in diesem Bereich zu geben. Hier ist die
472 Landespolitik gefordert, die richtigen Weichen zu stellen.

473 Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen ziehen international Studierende und
474 Absolventen an. In Zukunft wird der Wettbewerb um Fachkräfte stärker werden. Baden-
475 Württemberg wird mit anderen wachstumsstarken Regionen um die besten Köpfe weltweit
476 auch in Wissenschaft und Forschung konkurrieren. Umso wichtiger ist aus unserer Sicht
477 das Signal, die Einführung von Studiengebühren für ausländische Studierende wieder
478 aufzuheben, um hier einen eklatanten Standortnachteil für Baden-Württemberg zu
479 vermeiden.

480 **3.4) Die künstliche Intelligenz nutzen für industrielle Wertschöpfung**

481 Die Aufmerksamkeit für das Thema Künstliche Intelligenz (KI) ist aktuell in
482 Forschung, Industrie und Politik enorm. International werden bereits beispielsweise
483 in China oder den USA milliardenschwere staatliche und private Investitionen für die
484 KI-Forschung getätigt. Gleichzeitig wissen wir, dass KI weder eine Patentlösung für
485 alle komplexen Problemstellungen ist noch ein perfektes, unfehlbares System
486 darstellt. Aktuelle Studien belegen, dass die KI noch Schwächen in ihrer Ergebnis-
487 bereitstellung hat.

488 Als Partei des Fortschritts wollen wir aber die Chancen der KI in den Vordergrund
489 rücken: sie hat das Potenzial, große Fortschritte für Forschung und Bildung, Energie,
490 Mobilität sowie für Gesundheit und Pflege zu ermöglichen. Gerade für Baden-
491 Württemberg bietet KI in der Verbindung mit industriellen Wertschöpfungsketten die
492 Chance, sich eine bessere Position im Strukturwandel zu verschaffen.

493 Das Land hat mit dem Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe eine bedeutende
494 Forschungseinrichtung des Landes für KI. In Tübingen wurde mit finanzieller
495 Unterstützung aus der Industrie ein Cyber Valley entwickelt, in dem künftig 700
496 Expert*innen an Anwendungen in der Künstlichen Intelligenz arbeiten werden.

497 Dem Land Baden-Württemberg fehlt es aber dennoch in dieser sensiblen Phase, in der es
498 darum geht, nicht den Anschluss an den internationalen Wettbewerb zu verpassen,
499 sowohl an einer eigenen Landesstrategie als auch an einem Plan für eine

500 zielgerichtete Förderpolitik: wir benötigen eine deutlich anspruchsvollere KI-
501 Förderpolitik hinsichtlich des Fördervolumens. Gleichzeitig müssen wir auf eine
502 Multiförderstrategie alle Informatik-Disziplinen setzen, damit die Informatik in
503 ihrer Breite gefördert wird über die KI hinaus. Davon wiederum kann die KI
504 profitieren mit ihren heute vorhandenen Schwächen im Sinne der Weiterentwicklung.
505 Diesen Weg fordern wir auch für Baden-Württemberg. Gleichzeitig müssen die KI-
506 Forschungszentren im Umfeld von Hochschulen und Wissenschaftsclustern über das Land
507 verteilt werden und Voraussetzungen für weitere Gründungen von Cyber Valley-Regionen
508 geschaffen werden, von den insbesondere KMU im Technologietransfer profitieren.
509 Künstliche Intelligenz wollen wir nutzen als Treiber für Umwelt-, Natur-, Klima- und
510 Ressourcenschutz. Mustererkennung und selbstlernende Systeme schaffen neues Wissen und
511 Verständnis über unsere Ökosysteme, industrielle Produkte lassen sich durch KI mit
512 weniger Energie und Emissionen herstellen, Verkehre werden umweltfreundlicher
513 gelenkt. Konkret wollen wir im ganzen Land Leuchtturmprojekte unterstützen, die KI
514 mit Umweltschutz zusammenführen.

515 In der Überschneidung der zentralen Rolle des Automobilsektors in Baden-Württemberg
516 und der Problematik unserer verkehrs- und abgasgeplagten Städte steckt auch großes
517 Potenzial für KI-gestützte SmartCities. In einer kleinen Anzahl Modellkommunen
518 unterschiedlicher Größe wollen wir Künstliche Intelligenz und der Potenzial im
519 alltäglichen Leben testen.

520 KI hat ein besonders hohes Potenzial für die industrielle Gesundheitswirtschaft. Hier
521 steckt die große Chance durch Algorithmen, Bilderkennungstechnologie, natürliche
522 Sprachverarbeitung und andere KI-Technologien werden Effizienz und Qualität der
523 Gesundheitsversorgung weiter verbessert im Sinne der der Diagnose und Behandlung von
524 Krankheiten oder in der Pflegeunterstützung. Wir wollen mit Reallaboren im Land die
525 praxistaugliche Anwendung dieser Möglichkeiten systematisch erforschen und
526 Innovationen auf den Weg bringen.

527 Die KI-Förderung muss einhergehen mit einer Definition von ethischen Leitlinien für
528 die Entwicklung und Nutzung von KI:

- 529 • Methoden und Ergebniswege müssen transparent und nachvollziehbar sein. Das ist
530 auch für die gesellschaftliche und demokratische Akzeptanz von KI unverzichtbar.
- 531 • Wir fordern eine abgesicherte KI: Es müssen klare Kriterien entwickelt werden,
532 damit zweifellos definiert werden kann, welche KI-Systeme keine Anwendung finden
533 dürfen. Dazu muss ein klarer ethischer Kompass definiert und
534 gesellschaftspolitisch diskutiert werden. Das System KI muss so ausgestaltet
535 werden, dass die Grundrechte und die Umwelt bestmöglich gewahrt werden.

536 Ein eigenes Bundesamt für Künstliche Intelligenz könnte aus unserer Sicht dazu
537 beitragen, Forschung, Praxis und Risikobewertung der KI nach einem bundesweit
538 einheitlichen Standard zusammen zu führen. Die Einrichtung einer solchen Institution
539 sollte daher geprüft werden.

540 **3.5) Von der Forschung in die Praxis: Gründungskultur und Technologietransfer**
541 Entscheidend dafür, dass die baden-württembergische Industrie auch im Zeitalter der

542 Digitalisierung an der Spitze stehen wird, ist der Technologietransfer. Dies betrifft
543 sowohl den Transfer wissenschaftlicher Innovationen in die Unternehmen als auch den
544 Transfer von Innovationen aus Start-Ups in Industriebetriebe.

545 Effektive Strukturen für den Technologietransfer im Land zu ermöglichen und zu
546 unterstützen ist daher eine vordringliche Aufgabe einer aktiven Wirtschaftspolitik
547 des Landes. Die Wirtschafts- und Industriestruktur unseres Landes ist mittelständisch
548 geprägt. Das soll auch so bleiben. Deshalb wollen wir vor allem den
549 Technologietransfer in kleinere und mittlere Unternehmen sicherstellen.

550 Hierzu müssen die Institutionen im Bereich des Technologietransfers stärker
551 miteinander vernetzt werden. Unter Federführung des Landes wollen wir eine Strategie
552 für den Technologietransfer in KMU entwickeln. Den Instituten der Fraunhofer-
553 Gesellschaft sowie der Innovationsallianz Baden-Württemberg kommt dabei eine
554 besondere Bedeutung zu. Um diesen Prozess zu steuern und zu moderieren, wollen wir
555 die Position eines Beauftragten der Landesregierung für den Technologietransfer
556 schaffen.

557 Zusätzlich fordern wir die Einrichtung einer Landesinnovationsagentur, ausgestattet
558 mit Investitionsmitteln, KMU unterstützt und Hürden zur Innovation abmildert. KMU,
559 die infolge des technologischen Wandels, Gefahr laufen, disruptive Prozesse nicht
560 alleine bewältigen zu können beziehungsweise nicht in der Lage sind, die dafür
561 erforderlichen Investitionen aus eigenen Finanzmitteln zu stemmen, sollen vom Land
562 Baden-Württemberg auf diesem Wege eine niederschwellige Beratung und bei Bedarf bei
563 Bedarf auch finanzielle Unterstützung erhalten, damit sie die Transformation
564 erfolgreich stemmen können.

565 In Zeiten des rasanten technologischen Wandels werden Innovationspotenziale
566 insbesondere durch Start-Ups und Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen,
567 wie Hochschulen und Max-Planck-Instituten, gehoben. Deshalb setzt eine moderne
568 Innovationspolitik vor allem auf die Förderung solcher Gründungen und auf die
569 Unterstützung der Kooperation zwischen Start-Ups und Industrie.

570 Wir wollen dafür sorgen, dass Baden-Württemberg seiner Industriegeschichte
571 entsprechend, zum attraktivsten Standort für Unternehmensgründerinnen und Gründer
572 insbesondere auch im technologischen Bereich wird. Das gilt ausdrücklich auch für
573 eine Landesoffensive für „Gründerzentren im Handwerk“, bei denen wir die Verbindung
574 zwischen Hightech und Handwerk herausstellen wollen.

575 Finanzierungsengpässe für Unternehmensgründungen bestehen jedoch häufig in der
576 Wachstumsphase, gerade wenn man noch nicht abschätzen kann, ob, wann und wie neue
577 Produkte marktfähig werden. Der Risikokapitalfonds des Landes mit einem Volumen von 5
578 Millionen Euro ist hierfür völlig unzureichend. Wir wollen ihn deutlich aufstocken
579 und seine Attraktivität für strategische Beteiligungen erhöhen. Klotzen statt
580 kleckern ist hier angesagt.

581 Neben erfolgreichen Start-Ups sind gemeinsame Plattformen für Start-Ups und Industrie
582 die entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Technologietransfer. Wir wollen
583 daher die Förderung der Gründer- und Technologiezentren deutlich ausweiten und dabei
584 auch Plattformen für den praxisnahen Technologietransfer unter Beteiligung von KMU

585 besonders fördern. Dabei setzen wir auf die Entwicklung innovativer Konzepte im
586 Rahmen von durch das Land angestoßenen regionalen Transformationsdialogen. Zudem
587 wollen wir einen Wettbewerb um die besten Ideen für den Technologietransfer in der
588 Fläche des Landes anregen.

589 **3.6) Eine moderne Industrie braucht die besten Köpfe**

590 Eine moderne Industrie und eine moderne Arbeitswelt brauchen die besten Köpfe. Dies
591 gilt umso mehr, als in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den
592 Ruhestand gehen werden. Das Angebot an Fachkräften beginnt zu schrumpfen: alleine in
593 Baden-Württemberg wird das Fachkräfteangebot zwischen 2019 und 2030 um 786.000
594 Personen beziehungsweise gut 19 Prozent abnehmen.

595 Die gute Nachricht lautet daher: auch im Wandel werden alle gebraucht. Gleichzeitig
596 müssen aber die Beschäftigten von heute in die Lage versetzt werden, die Arbeit von
597 morgen machen zu können. Und die nachkommenden Generationen müssen bereits heute
auf

598 die Arbeitswelt der Zukunft vorbereitet werden.

599 Baden-Württemberg braucht daher eine durchgehende Fachkräftestrategie. Dies gilt auf
600 der gesamten Bildungskette von der vorschulischen Bildung bis zur Weiterbildung. Wir
601 können es uns nicht leisten, dass Menschen dabei verloren gehen.

602 Deshalb setzt die SPD auf gute Bildung und gleiche Bildungschancen von Anfang an. Für
603 uns sind auch Kindertageseinrichtungen Orte der Bildung, die für die Eltern
604 kostenfrei angeboten werden müssen.

605 Insbesondere schulische Bildung muss junge Menschen auf eine digitalisierte Arbeits-
606 und Lebenswelt vorbereiten. Neben einer guten personellen Ausstattung unserer Schulen
607 und durchlässigen inklusiven Schulstrukturen sind dabei auch innovative Konzepte in
608 der schulischen Bildung notwendig. Beispielsweise wollen wir allen Schülerinnen und
609 Schülern unserer Grundschulen einen Experimentierkasten zur Verfügung stellen. Mit
610 dem Digitalpakt haben wir im Bund die Grundlage für eine bessere digitale Ausstattung
611 in den Schulen des Landes gelegt. Entscheidende Aufgabe der Landespolitik ist es nun,
612 die pädagogischen Konzepte zu schaffen, um die zentralen Kompetenzen zu vermitteln,
613 die notwendig sind, um im digitalen Zeitalter bestehen zu können.

614 Berufliche Bildung und Studium müssen mit der rasanten technologischen Entwicklung
615 Schritt halten. Aufgabe der Landespolitik ist es, die strukturellen Rahmenbedingungen
616 dafür zu schaffen.

617 Angesichts von Digitalisierung und Strukturwandel wird Weiterbildung immer wichtiger.
618 Weiterbildung ist der Schlüssel dafür, dass die Beschäftigten von heute die Arbeit
619 von morgen machen können.

620 Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-Morgen-Gesetz schafft die SPD
621 in der Bundesregierung die zentralen Instrumente, um Weiterbildung im Strukturwandel
622 für jede und jeden Einzelnen möglich zu machen.

623 Nun kommt es darauf an, dass diese Instrumente von den Betrieben und ihren
624 Beschäftigten im Land passgenau genutzt werden: zum einen, um den technologischen und
625 strukturellen Wandel in den Betrieben zu bewältigen. Zum anderen, um auch

626 Beschäftigten neue Chancen zu eröffnen, die diese im bisherigen Betrieb nicht mehr
627 haben. Geeignete Vorgehensweisen auch für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir
628 im Rahmen regionaler Transformationsdialoge entwickeln und durch einen
629 Weiterbildungsfonds des Landes gezielt fördern. Eine aktive Landespolitik schafft
630 gemeinsam mit dem regionalen Akteuren Beratungsangebote für Unternehmen in der Krise.
631 Dazu gehört eine Potenzial- im Perspektivberatung für alle betroffenen Beschäftigten.
632 Damit können auch Brücken zwischen Betrieben gebaut werden, die Beschäftigung abbauen
633 müssen und solchen, die dringend Beschäftigte suchen.

634 Zudem bedarf es neuer und innovativer Weiterbildungsangebote, die einen
635 niedrigschwelligen Zugang auch für Beschäftigte ermöglichen, die bisher wenig
636 weiterbildungsorientiert sind.

637 Vor dem Hintergrund der Pandemie und der sich daraus ergebenden wirtschaftlichen
638 Konsequenzen, rufen wir die Betriebe im Land dazu auf, über den heutigen Tag hinaus
639 zu denken, und sich über Weiterbildung das Know How der Beschäftigten zu sichern,
640 statt zu entlassen. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes muss mit Qualifizierung
641 der Belegschaft verbunden werden, damit diese Überbrückungszeit wirksam genutzt
642 werden kann.

643 Zu einer durchgehenden Fachkräftestrategie gehört neben Bildung und Weiterbildung
644 auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible und kostenfreie
645 Kinderbetreuung sowie die Förderung der Gesundheit der Beschäftigten durch Prävention
646 und Rehabilitation sowie alternsgerechte Arbeitsbedingungen.

647 Und schließlich braucht gerade Baden-Württemberg eine gezielte Zuwanderung von
648 Fachkräften. Damit Baden-Württemberg davon profitieren kann, müssen
649 Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse einfacher, transparenter und
650 schneller werden. Die SPD steht für ein weltoffenes Baden-Württemberg, das die besten
651 Köpfe der Welt einlädt, sich im Land der Tüftler und Denker einzubringen.

652 **3.7) Die Rolle der Banken für die Bewältigung des Strukturwandels**

653 Nach wie vor stellt der Bankkredit für die meisten kleinen und mittleren Unternehmen
654 die mit Abstand wichtigste externe Finanzierungsquelle dar. Kreditinstituten kommt
655 damit eine zunehmend verantwortungsvolle Aufgabe zu.

656 Unsere heimische Wirtschaft muss sich insbesondere in Zeiten nachlassender
657 wirtschaftlicher Dynamik darauf verlassen können, dass Kreditmittel in verlässlicher
658 Art und Weise zur Überbrückung von konjunkturellen Schwankungen sowie zur Investition
659 in die Zukunftsfähigkeit der Wertschöpfungsprozesse zur Verfügung stehen. Aus diesem
660 Grund beobachten wir mit wachsender Sorge, dass sich Banken aktuell zunehmend aus der
661 Finanzierung von Industrieunternehmen und insbesondere Automobilzulieferern
662 zurückziehen. Nur, wenn Kreditinstitute auch in wirtschaftlich herausfordernden
663 Zeiten an der Seite der Industrieunternehmen stehen, kommen sie ihrer
664 gesamtgesellschaftlich verantwortungsvollen Rolle in angemessener Art und Weise nach.

665 Die historisch niedrigen Zinsen möchten wir nutzen, um mit Auge und Maß in unsere
666 Infrastruktur und unsere Wirtschaftsstrukturen zu investieren. Die europäische
667 Zentralbank hat jüngst die Anleihekaufprogramme deutlich erhöht, sodass im Jahre 2020

668 rund 1,1 Billionen Euro an Anleihen von europäischen Staaten und Unternehmen gekauft
669 werden.“

670 Lenkende Wirtschaftspolitik in diesem Feld bedeutet für uns, dass wir Unternehmen in
671 Baden-Württemberg noch stärker als bisher bei anstehenden Investitionen und der
672 Bewältigung aktueller Herausforderungen unterstützen wollen. Dies soll mit Hilfe von
673 Förder- und Garantieprogrammen der staatseigenen L-Bank erfolgen. Die erfolgreiche
674 Gestaltung der Transformation unserer Wirtschaftsstrukturen darf nicht am
675 Bankschalter vor Ort scheitern. Gleiches gilt für die finanzielle Unterstützung und
676 Begleitung von Unternehmensgründungen. Auch hier wollen wir dafür sorgen, dass Baden-
677 Württemberg seiner Industriegeschichte entsprechend zum attraktivsten Standort für
678 Unternehmensgründerinnen und Gründer insbesondere auch im technologischen Bereich
679 wird. Hierzu wollen wir das Förderangebot der L-Bank in Kooperation mit relevanten
680 Partnern wie den Industrie- und Handelskammern, der KfW und der Bürgschaftsbank
681 erweitern und Zugangsmöglichkeiten zu Fördergeldern vereinfachen.

682 **3.8) Den Wandel gemeinsam gestalten: Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung**

683 Für die SPD gehören Kapital und Arbeit zusammen. Deshalb ist es für die SPD klar, den
684 Wandel schaffen wir nur gemeinsam in enger Zusammenarbeit der Arbeitnehmer*Innen,
685 Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik. Funktionierende Sozialpartnerschaft ist die
686 zentrale Voraussetzung für die Gestaltung des Wandels in den Betrieben.

687 Arbeit 4.0 heißt für uns, dass Arbeit mehr durch die Arbeitnehmer*Innen und ihre
688 Betriebsrät*Innen sowie die Gewerkschaften mitbestimmt und mitgestaltet werden muss.
689 Dazu wollen wir die Mitbestimmungsrechte der Betriebsrät*Innen stärken.

690 Qualifizierung und Weiterbildung sind ein Teil der Säulen für einen guten Wandel, der
691 alle mitnimmt. Es ist ein Armutszeichen, wenn gerade die Arbeitnehmergruppen, welche
692 eine Qualifizierung am dringendsten brauchen, diese am wenigsten bekommen. Wir wollen
693 deshalb ein Initiativrecht der Betriebsrät*Innen für Qualifizierung und Weiterbildung
694 sicherstellen.

695 Wer die sogenannte Transformation benützt, um Arbeits- und Lebensbedingungen zu
696 verschlechtern oder als Arbeitsplatzverlagerung missbraucht, wird unseren Widerstand
697 spüren.

698 Ein guter Wandel hat keine Verlierer. Dies ist unser Maßstab für den sozial-
699 ökologischen Umbau der baden-württembergischen Industrie.

700 **4. Der Wandel braucht den aktiven Staat**

701 Die Baden-Württemberg SPD begreift den Wandel unserer Industriestrukturen in erster
702 Linie als eine Chance für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft, für
703 zukunftsfähige und gute Arbeit, für besseres Leben!

704 Diese Chancen wollen wir nutzen. Wir wollen einen starken Industrie- und
705 Technologiestandort Baden-Württemberg mit guter Arbeit und Perspektiven für alle. Das
706 kann nur gelingen, wenn wir auf Innovationen setzen und die Veränderungen annehmen –
707 und vor allem, wenn wir den Wandel gestalten.

708 Transformation heißt für uns gestalteter Wandel. Soll der Wandel gelingen, braucht es
709 deshalb den aktiven Staat.

710 Die Gestaltung des Wandels ist für uns ein gesamtgesellschaftliches Projekt:

711 • Der Wirtschafts- und Strukturpolitik

712 • Der Arbeitsmarktpolitik

713 • Der Umwelt- und Verkehrspolitik

714 • Der Wissenschafts-, Innovations- und Bildungspolitik

715 Dies betrifft alle politischen Ebenen: von Europa, über den Bund und die Länder, bis
716 zu den Kommunen.

717 Mit dem Klimapaket, der Energie- und Verkehrswende, mit der Förderung der
718 Weiterbildung von Beschäftigten setzt die SPD in der Bundesregierung die
719 entscheidenden Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Wandels. Baden-Württemberg
720 profitiert in besonderer Weise von dieser Politik. Gerade in Baden-Württemberg kommt
721 jedoch der Landespolitik eine entscheidende Bedeutung zu. Die besondere industrielle
722 Struktur unseres Landes und die damit verbundenen Herausforderungen für die
723 Gestaltung des Strukturwandels verlangen den aktiven Staat. Mit dem Spitzenkandidaten
724 Andreas Stoch steht die SPD bereit, diese Aufgabe anzunehmen.

725 Wir stehen für eine aktive Wirtschaftspolitik, die klare Ziele setzt und alle Akteure
726 einbindet. Wir wollen die dialogorientierte Wirtschaftspolitik der
727 sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Dieter Spöri und Nils Schmid wiederbeleben.
728 Dies gilt für das Land insgesamt wie für seine Regionen.

729 Hierzu wollen wir landesweite Transformationsdialoge für einzelne Branchen sowie
730 branchenübergreifende regionale Transformationsdialoge etablieren, in die jeweils die
731 Kammern, beide Sozialpartner, Universitäten und Hochschulen, Institutionen der
732 außeruniversitären Forschung und des Technologietransfers, die Agenturen für Arbeit,
733 Bildungs- und Weiterbildungsanbieter sowie weitere relevante Akteure eingebunden
734 werden.

735 Die SPD in Bund und Land zeigt, dass sie für die aktive Gestaltung des Wandels im
736 Sinne der Menschen steht. Wir begreifen uns als die politische Kraft, die technischen
737 Fortschritt ermöglicht und aus diesem sozialen Fortschritt für alle macht.